

Die privatrechtliche Stiftung im Liechtensteinischen Recht

Dissertation

**der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich**

zur Erlangung der Würde eines Doktors beider Rechte
vorgelegt von

Werner Keicher
von Zürich

genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Hans Peter

Inhaltsverzeichnis

§1 Einleitung	13
LTeil:	
Geschichtliche Entwicklung des Stiftungsbegriffs	14
§2 Die Stiftung im römischen Recht	15
§3 Die Stiftung im germanischen Recht	16
§4 Die Entwicklung des Stiftungsbegriffs seit Savigny	18
2. Teil:	
Die privatrechtliche Stiftung des Liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts	20
I. Abschnitt	
§5 Das liechtensteinische Personen- und Gesellschaftsrecht	20
A. Die Rezeption ausländischen Rechts durch Liechtenstein im allgemeinen	20
B. Das liechtensteinische Personen- und Gesellschaftsrecht im besonderen	21
1. Die Entstehung	21
II. Überblick über das PGR	23
III. Schlussbemerkungen	25
<u>2. Abschnitt: Stiftungsbegriff und Stiftungsarten</u>	<u>26</u>
§6 Der Stiftungsbegriff	26
A. Allgemeines	26
B. Die Definition der Stiftung	26
1. Die Begriffsmerkmale	26
I. Vermögen	26
2. Zweck	27
3. Rechtspersönlichkeit	27
4. Dauerhaftigkeit	27
5. Eigenorganisation	28
6. Fehlen von Mitgliedern	28
II. Die Definition der liechtensteinischen Stiftung	28
III. Die unselbständige Stiftung*	28
C. öffentlichrechtliche und privatrechtliche Stiftung	29
I. Die öffentlichrechtliche Stiftung	29
II. Die Abgrenzung der öffentlichrechtlichen von der privatrechtlichen Stiftung	30
<u>§7 Arten der Stiftung</u>	<u>31</u>
A. Allgemeines zum Stiftungszweck	31
B. Die wichtigsten Stiftungsarten	31
I. Die reine Familienstiftung	31
II. Die gemischte Familienstiftung	31
III. Die kirchliche Stiftung	32

IV. Die gemeinnützige Stiftung (Wohlfahrtsstiftung)	32
V. Die vermögensverwaltende Stiftung	32
VI. Die Unterhaltsstiftung	32
VII. Die Personalfürsorgestiftung	32
3. Abschnitt: Die gesetzliche Regelung der Errichtung	33
§8 Errichtung und Entstehung	33
A. Errichtung	33
1. Voraussetzungen	33
I. Widmung eines Vermögens (Stiftsgut)	33
2. Widmung eines Vermögens zu einem bestimmt bezeichneten Zweck	34
II. Wie wird eine Stiftung errichtet?	34
1. Die Errichtung durch Akt unter Lebenden	34
a) Zwei Errichtungsformen	34
aa) Die zweigeteilte Errichtungsform	34
bb) Die Errichtung in einem Dokument	35
b) Geforderter Inhalt der Urkunde (Stiftsbrief oder Statut)	35
aa) Bezeichnung der Stiftung	35
bb) Sitz der Stiftung	35
cc) Zweck oder Gegenstand	35
dd) Bezeichnung des Stiftungsvorstandes	36
ee) Art und Weise, wie ein anderer Vorstand bestellt wird	36
ff) Bestimmung über die Verwendung des Vermögens im Falle der Auflösung der Stiftung	36
gg) Das Kapital der Stiftung	36
c) Beglaubigung der Unterschriften der Stifter	36
2. Die Errichtung durch letztwillige Verfügung und durch Erbvertrag	36
III. Statuten, Beistatuten, Reglemente	36
I. Statuten	36
2. Beistatuten und Reglemente	37
B. Entstehung	37
I. Die Entstehung der eintragungspflichtigen Stiftung	37
1. Anmeldung	38
2. Eintragung und Veröffentlichung	38
3. Wirkungen der Eintragung ins Öffentlichkeitsregister	38
II. Die Entstehung der nicht eintragungspflichtigen Stiftung	39
III. Die Entstehung der durch letztwillige Verfügung und der durch Erbvertrag errichteten Stiftung	39
C. Die Vermögenszuwendung	40
D. Widerruf	40
I. Die gesetzliche Regelung (PGR 559)	40
II. Übertragbarkeit des Widerrufs rechts	41
III. Der Widerspruch im Art. 559 PGR	42
E. Anfechtung der Stiftung	43
I. Anfechtung der Stiftung gleich einer Schenkung	43
1. durch die Erben des Stifters	43
2. durch die Gläubiger des Stifters	46

II. Anfechtung der Stiftung wegen Willensmängeln	46
III. Anfechtung der Stiftung wegen Handlungsunfähigkeit des Stifters	47
<u>§ 9 Die Stiftungsbeteiligten</u>	48
A. Der Stifter.	49
I. Allgemeines.	49
II. Der Beschluss des F. L. Obersten Gerichtshofes vom 1. Dezember 1961	49
III. Die Praxis vor dem Beschluss.	49
1. Der Stifter als oberstes Organ der Stiftung	49
2. Die treuhänderische Gründung mittels Zession der Gründerrechte	50
IV. Die Praxis nach dem Beschluss	51
1. Der Stifter als errichtendes Organ der Stiftung	51
a) Rechte.	51
b) Pflichten.	51
2. Die Rechtsstellung des Stifters nach Entstehung der Stiftung	52
B. Die Stiftungsorgane.	52
I. Der Stiftungsrat oder Stiftungsvorstand	52
1. Die Mitglieder des Stiftungsvorstandes (Stiftungsräte)	53
a) Die Ernennung zum Stiftungsrat	53
aa) Voraussetzungen.	53
aaa) allgemeine und gesetzliche	53
bbb) Das Domizilerfordernis im besonderen (PGR 180 a)	53
bb) Die Ernennung	55
b) Ende der Mitgliedschaft und Nachfolge.	55
aa) Ende der Mitgliedschaft	55
aaä) Ende der Mitgliedschaft durch Abberufung	55
bbb) Ende der Mitgliedschaft durch Demission.	56
bb) Nachfolge.	57
2. Pflichten und Aufgaben des Stiftungsvorstandes	57
a) Pflichten des Stiftungsvorstandes	57
b) Aufgaben des Stiftungsvorstandes	58
aa) Geschäftsführung.	58
bb) Die Vertretung.	59
3. Die innere Organisation des Stiftungsvorstandes.	59
a) Die Beschlussfassung.	59
b) Stellvertretung der Stiftungsräte.	59
c) Finanzielle Entschädigung	60
II. Die Kontrollstelle.	60
III. Der Repräsentant	60
IV. Die Kollatoren.	61
V. Der Kurator	62
VI. Die behördliche Aufsicht	62
1.1m allgemeinen.	62
2. Änderung der Organisation und des Zweckes	63
a) Änderung der Organisation.	63
b) Änderung des Zweckes.	63
c) Beschwerderecht.	63

C. Die Stiftungsbegünstigten und die Stiftungsbegünstigung	64
1. Anwendbares Recht	64
II. Die Stiftungsbegünstigten.	64
I. Arten.	64
a) Die eigentlichen Stiftungsbegünstigten.	64
b) Die Begünstigungsberechtigten.	64
c) Die Anwartschaftsberechtigten.	65
2. Bestimmung der Begünstigten.	65
3. Verzeichnis der Begünstigten.	66
III. Die Stiftungsbegünstigung.	67
I. Die Natur der Begünstigung.	67
2. Erwerb und Verlust der Begünstigung.	67
a) Erwerb der Begünstigung.	67
b) Wegfall der Begünstigung.	68
c) Ausschliessung von der Begünstigung.	68
d) Widerruf der Begünstigung.	6 8
e) Auslösung der Begünstigung.	69
3. Rechte und Pflichten aus der Begünstigung.	69
4. Bestimmung der Begünstigungsanteile.	70
5. Veräusserung, Belastung und Übertragung der Stiftungsbegünstigung	71
6. Wertpapiere über die Stiftungsbegünstigung.	72
IV. Anhang	72
I. Die Verletzung der Unterstützungspflicht (TRU 89).	72
2. Ausschluss der Vollstreckung	72
§10 Die Haftungsverhältnisse.	73
A. Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit	7 3
I. Die Verantwortlichkeit des Stifters (Gründerhaftung).	73
II. Die Verantwortlichkeit der Stiftung als eigene Rechtspersönlichkeit	74
III. Die Verantwortlichkeit der Stiftungsorgane (Organhaftung)	74
1. Grundsätzliches.	74
2. Solidarhaftung.	74
3. Anspruch auf Schadenersatz.	74
4. Haftung aus unerlaubter Handlung.	75
IV. Verjährung.	75
B. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit	7 5
§11 Die Beendigung der Stiftung.	76
A. Die Aufhebung der Stiftung von Gesetzes wegen.	76
B. Die Auflösung der Stiftung nach Massgabe der Statuten	77
C. Die Umwandlung	77
§12 Steuern und Gebühren.	78
A. Gebühren.	78
I. Gründungsgebühr.	78
II. Eintragungsgebühr für eintragungspflichtige Stiftungen	78
III. Eintragungs- bzw. Hinterlegungsgebühr für nicht eintragungspflichtige Stiftungen.	79

B. Steuern.	79
1. Kapital- und Ertragssteuer.	79
I. Für Stiftungen, die ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben.	79
2. Für alle anderen Stiftungen	79
II. Erbanfall-, Nachlass- und Schenkungssteuer.	80
1. Steuerobjekt	80
a) bei der Erbanfallsteuer.	80
b) bei der Nachlasssteuer.	80
c) bei der Schenkungssteuer.	80
2. Steuersubjekt	81
3. Steuersatz.	81
a) Nachlasssteuer.	81
b) Erbanfall- und Schenkungssteuer.	81
C. Pauschalierung der Steuern und Gebühren.	82
D. Besondere Steuerbegünstigung.	82
§13 Die praktische Bedeutung der Stiftung	82
A. Allgemeines.	82
B. Die häufigsten Stiftungsarten.	83
§ 14 Kritische Betrachtungen zum geltenden Stiftungsrecht	84
A. Die Diskrepanz zwischen der Rechtsprechung und PGR 559 Abs. 4	85
B. Die Problematik der zahlreichen Gesetzesverweisungen	86
3. Teil:	
Übersicht über die privatrechtliche Stiftung der Rechte anderer west-europäischer Staaten.	88
§ 15 Die Stiftung im schweizerischen Privatrecht	89
A. Allgemeines.	89
B. Kurzer Überblick über die gesetzliche Regelung.	89
C. Unterhaltsstiftung und «Stiftung für sich selbst».	91
I. Das Verbot der Unterhaltsstiftung.	92
II. Die «Stiftung für sich selbst».	92
D. Die Besteuerung.	93
E. Die Bedeutung.	93
§16 Die Stiftung des österreichischen Privatrechts.	95
A. Die Rechtsform der österreichischen Stiftung.	95
B. Kurzer Überblick über die gesetzliche Regelung.	96
C. Die Besteuerung.	98
D. Die Bedeutung.	98
§ 17 Die Stiftung des deutschen Privatrechts.	99
A. Anwendbares Recht	99
B. Kurzer Überblick über die gesetzliche Regelung.	99
C. Besonderheiten zu einzelnen Stiftungsarten.	101
I. Kirchliche Stiftungen.	101
II. Kommunale oder örtliche Stiftungen.	101

III. Die Fideikommissauflösungsstiftung.101
IV. Die Unternehmensstiftung.102
D. Die Besteuerung.102
E. Die Bedeutung.103
§.18 Die Stiftung des französischen Privatrechts.104
A. Begriff und Regelung.104
B. Die besondere Schwierigkeit bei der Stiftung von Todes wegen105
C. Die Besteuerung.105
D. Die Bedeutung.106
§19 Die Stiftung des italienischen Privatrechts.106
A. Begriff und Regelung.	106
B. Stiftungsarten.107
C. Die Besteuerung.107
D. Die Bedeutung.108
§ 20 Die Stiftung des englischen Privatrechts108
A. Allgemeines zum englischen Stiftungsrecht108
B. Zum Begriff der «foundation».109
C. Rechtsfähige und nicht rechtsfähige Stiftung.109
D. Die Besteuerung.110
E. Die Bedeutung110
Anhang: Stiftungsstatuten (Schema der Statuten einer Familienstiftung aus der Praxis).	112